

## *KGW's Rundschreiben*

### **Deutschland, Europa und die Welt**

Noch nie hat eine **Bundesregierung** so schnell die Gunst der Bundesbürger verloren, wie die regierende Ampel. Man ist als Fortschrittskoalition angetreten. Dieser Zauber ist längst verflogen und „fauler Zauber“ ist übriggeblieben. Man erkennt bei den politischen Führungskräften kein „Mea Culpa<sup>1</sup>“. Das Sprichwort „Viele Köche verderben den Brei“ ist angebracht. Mühsam erreichte Kompromisse werden anschließend wieder zur Disposition gestellt, wenn die öffentliche Meinung anscheinend dagegen ist (z.B. Streik der Bauern). Es fehlt durchdachte Politik. Mit Inhaltsleere und Konzeptlosigkeit bekommt man keinen politischen Aufwind. In den 1980er Jahren entwickelten Guy Kirsch und Klaus Mackscheidt eine Typologisierung für Politiker: Charismatiker, Demagoge, Staatsmann und Amtsinhaber. Wir glauben, dass Helmut Schmidt, Helmut Kohl oder auch Willy Brandt es gelesen haben. Das Markenzeichen dieser Regierung ist Streit. Bis zum Ende der Legislaturperiode wird man die aktuellen Streitthemen nicht abgearbeitet haben. Wir sprechen Sie lediglich an, weil Ausführungen zu den einzelnen Themen für diese Info zu aufwendig wären: Streit über Bildungspolitik, Bürokratieabbau, EU-Lieferkettengesetz, Kindergelderhöhung, Schuldenbremse, Steuersenkung, Waffenlieferung, um die wichtigsten zu nennen.

Wenn der IWF (Internationaler Währungsfonds) der **deutschen Wirtschaft** ein leichtes Plus-Wachstum prognostiziert, ist das wahrscheinlich geschmeichelt. Sicher ist, dass Deutschland nach einem Minus in 2023 von 0,3% BIP (Bruttoinlandsprodukt) in diesem Jahr die rote Laterne – als Schlusslicht – übernehmen muss. Nach wie vor spüren wir die Energiekrise. So ist die gesamte deutsche Industrieproduktion seit Frühjahr 2022 um 3% gesunken. Als Exportnation treffen uns internationale Handelskonflikte besonders. Global Trade Alert<sup>2</sup> schrieb, dass 2023 rund 3.000 neue Handelsbeschränkungen eingeführt wurden (2019 rund 1.100). Der Konflikt im Gazastreifen und in Israel, die Angriffe im Roten Meer und dem Suezkanal sowie der Ukrainekrieg schaden der deutschen Konjunktur. Die Konflikte und Streitigkeiten in der Politik verunsichern Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger. Aus Sorge wird deshalb der Konsum eingeschränkt und man spart, um für (noch) schlechtere Zeiten vorzusorgen. In Deutschland lag die Brutto-Sparquote im 3. Quartal 2023 bei 21%, in der EU im Schnitt bei 13%. Es fehlen also längst überfällige Reformen. Unternehmen stoppen geplante Investitionen, streichen sie komplett oder geben sie ins Ausland. Steuererleichterungen wären „Medizin“ für eine kurzfristige Gesundung. Soeben hat Rainer Dulger<sup>3</sup> die Ampel scharf kritisiert: „Die Unternehmen haben das Vertrauen in die Bundesregierung verloren“. Damit spricht er für 1 Mio. Unternehmen und 30 Mio. Beschäftigte. Sprecher der Ampel-Parteien sehen das allerdings völlig anders und widersprechen ihm heftig. Wenn die deutsche Wirtschaft einen Aufschwung ab diesem Jahr erleben will, hilft kein Jammern oder gegenseitige Schuldzuweisung. Da die Löhne voraussichtlich schneller steigen als die Inflation, wird es einen Anstieg der Reallöhne geben. Das wiederum bedeutet Konsumerhöhung. Die Politik muss flankierende Maßnahmen wie Steuererleichterungen, Investitionsanreize, Bürokratieabbau,

<sup>1</sup> Durch meine Schuld – Ich bin schuldig (Ausruf von Confiteor (Apologie, bestehend aus Selbstanklage und Bitte um Fürbitte))

<sup>2</sup> Der Global Trade Alert berichtet seit November 2008 zeitnah über möglicherweise diskriminierende staatliche Maßnahmen

<sup>3</sup> Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Infrastrukturmaßnahmen, Ausbau von Digitalisierung und Bildung, Energiesicherheit starten, um in wenigen Jahren wieder die Zugmaschine in der EU zu sein und nicht der Bremser.

Unsere Nachbarn in der EU blicken besorgt und verwundert auf uns. Die italienische Industrie ist wichtigster Zulieferant für deutsche Exporteure. Wie schreibt die Wirtschaftszeitung „Sole 24 Ora“: Die deutsche Lokomotive steht still. Für die Franzosen war Deutschland das Vorbild an Wirtschaftskraft. Das Schwächeln der stärksten Wirtschaftskraft in der EU sowie Streiks und Massendemonstrationen haben das Bild völlig verändert. Die spanische Wirtschaft wächst um rund 2,5% und warnt uns als einen seiner wichtigsten Handelspartner vor dem „Niedergang“. Österreich hat ähnliche Probleme wie wir, es stehen dieses Jahr Wahlen an; man ist also genug mit sich selbst beschäftigt. Mit Neid haben die Briten in der Vergangenheit auf uns geschaut. Darüber schrieb der Journalist John Kampfner 2021 das Buch mit dem Titel „Warum Deutschland es besser macht“. Das allerdings ist alles vorbei. Aufgrund des AfD-Aufstiegs sowie der permanenten Demos schrieb das Magazin „The Critic“: Deutschland hat seine Lektion noch nicht gelernt.

Die **Schuldenuhr Deutschlands** wurde vom Bund der Steuerzahler aktualisiert. Der Schuldenzuwachs sinkt auf 3.393 € pro Sekunde – 2023 waren es 3.817 €. Die Staatsverschuldung liegt bei rund 2.500 Mrd. €. Es sind für Bund, die Länder und die Steuerzahler jährlich 50 Mrd. € Zinslast zu schultern (ca. 90% entfallen auf den Bund).

Das **BMZ** (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zahlt jährlich **Zuschüsse** (die nicht zurückgezahlt werden müssen) und gewährt zinsverbilligte Kredite (sind zurückzuzahlen). Bis Ende 2022 wurden Peru rund 233 Mio. € an Schulden erlassen, welche das Land im Rahmen „finanzieller Zusammenarbeit“ aufgenommen hatte. Weitere Unterstützung von ca. 426 Mio. € sind zugesagt, damit Peru seine „Klimaziele im Verkehrssektor“ verfolgen kann. Uns liegt die Drucksache 20/9761 des Deutschen Bundestages als Antwort auf die kleine Anfrage der CDU/CSU vor. Auf 20 DIN-A4-Seiten wird aufgelistet, welches Partnerland für welches Projekt wieviel Euros bekam. Nach dem Lesen der ersten Seiten hat der Schreiber dieser Info das Papier zur Seite gelegt, weil er schlechte Laune bekam.

Im **Klimaschutzgesetz** steht, dass Deutschland bis 2045 Klimaneutralität erreichen muss. Alle Maßnahmen sind unter dem Stichwort „Energiewende“ zusammengefasst. Wir meinen, dass es die nicht gibt und ebenfalls keine „Erneuerbaren Energien“. Energie kann man nicht wenden, höchstens zu einer anderen Nutzungsart wechseln. Energie kann niemals erneuert, sondern nur umgewandelt werden. Das Bundesverfassungsgericht verschärfte das Klimaschutzgesetz. Bis 2030 soll der Treibhausgas-Ausstoß um 65% gegenüber 1990 verringert werden. Der Anteil des grünen Stroms am deutschen Stromverbrauch beträgt ca. 80% (Vergleich 2022 ca. 46%). Die Vorgabe ist, weg von fossilen Energien wie Kohle, Öl und Erdgas, hin zu Solarenergie, Wind-, Wasserkraft und Geothermie. Außerdem gilt für jeden Einzelnen: Energie sparen! Das Umweltbundesamt berichtete, dass 2022 erst ein Fünftel des deutschen Energieverbrauchs mit Ökostrom und anderen „grünen“ Energien gedeckt werden konnte. Der Berliner Politzirkus verordnet uns mit seiner Klimapolitik eine Illusionsnummer. Wir Deutschen machen 1% der Weltbevölkerung aus. Machen nicht alle mit, wird das Klima beim Alleingang der Deutschen, auch wenn sie kollektiv das Atmen (oder sonst was) einstellen, noch nicht mal leicht zucken.

Die Organisationen Germanwatch und New Climate Institute, die seit 2005 existieren, haben den Klimaschutzindex für 2023 veröffentlicht. Die Rangliste vergleicht jährlich 59 Länder plus EU als

Ganzes. Zusammen sind diese Länder für ca. 90% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich und werden hinsichtlich ihrer Klimaschutzbemühungen beurteilt. Der aktuelle Klimaschutzindex spiegelt wider, wie abhängig zahlreiche Länder von fossilen Energieträgern sind. Wie bereits in den vergangenen Jahren bleiben die ersten 3 Plätze unbelegt, weil noch kein Staat wirklich auf einem 1,5-Grad-Celsius-Pfad liegt. Platz 4 nimmt Dänemark ein, gefolgt von Schweden und Chile. Deutschland hat sich im Vergleich zu 2022 um 3 Plätze verschlechtert und liegt auf Platz 16. Die Herausgeber sehen das Abrutschen im verlangsamten Ausbau der erneuerbaren Energien seit 2020, in stark gestiegenen Emissionen im Verkehrssektor in 2021 und die schlechteste Teilplatzierung (Rang 34) erhielt man in der Kategorie „Erneuerbare Energien“.

Das ambitionierte Ziel der Ampel, den **Kohleausstieg** bis 2030 zu schaffen, kann man sich abschminken. Wenn man den Experten glaubt, wäre es vielleicht so eben möglich, bis 2038 keinen Strom mehr aus Kohle zu erzeugen. So ist es im Kohleausstiegsgesetz verankert! Ohnehin war es 2021 nur ein Wunschtraum der Ampel-Koalition, im vorgegebenen Zeitrahmen Kohle- durch Gaskraftwerke zu ersetzen und diese anschließend schrittweise auf Wasserstoff umzubauen. Mit viel Verspätung wurde in diesem Monat ein Entwurf vorgelegt, nach welchem Unternehmen einen Anreiz bekommen sollen, Gaskraftwerke zu bauen. Die allerdings würden erst frühestens 2028 in Betrieb gehen. Ende dieses Jahres soll es die ersten Ausschreibungen, allerdings nur für 10 Gigawatt, geben. Im Augenblick sind ca. 37,5 Gigawatt an installierter Kohleleistung am Netz. Die Grünen wird es nicht freuen, denn neben Atom- war der Kohleausstieg bis 2030 ein Kernthema.

Wenn es wasserstofffähige Gaskraftwerke gibt, sollen alle Farben verwendet werden. Das ursprüngliche Ziel der Bundesregierung war, Kraftwerke beizeiten mit **grünem Wasserstoff** aus erneuerbaren Energien zu betreiben. Daran ist wohl erst zwischen 2035 und 2040 zu denken. Aktuell werden 90% des hergestellten Wasserstoffs aus fossilen Brennstoffen gewonnen, wodurch der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck hoch bleibt. Die erweiterten Farben der Wasserstoff-Farbenlehre zeigen, dass Wasserstoff nicht immer klimafreundlich ist. **Grüner Wasserstoff** wird mit Hilfe von erneuerbaren Energiequellen produziert; durch Einsatz von Elektrolyseuren, die mit Strom aus Wind-, Solar- oder Wasserkraft betrieben werden. Er verursacht keine Treibhausgasemissionen. **Grauer Wasserstoff** wird aus fossilen Brennstoffen hergestellt. Es entsteht als Nebenprodukt Kohlendioxid. **Türkiser Wasserstoff** wird durch einen chemischen Prozess hergestellt, bei dem Erdgas (hauptsächlich Methan) in Wasserstoff und festen Kohlenstoff umgewandelt wird. Er ist eine umweltfreundliche Option für die Wasserstoffherstellung. **Blauer Wasserstoff** wird ebenfalls aus fossilen Brennstoffen wie Erdgas hergestellt, jedoch unter Verwendung der Kohlenstoffabscheidungstechnologie<sup>4</sup>. Bei diesem Prozess wird das bei der Dampfreformierung entstehende Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) abgeschieden und unterirdisch gespeichert, anstatt es in die Atmosphäre freizusetzen. Umweltverbände haben große Bedenken, aber die EU setzt massiv auf diese Technologie. In Kürze soll in Brüssel beschlossen werden, in Europa Deponien von jährlich 50 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> einzurichten. 2040 sollen mindestens 300 Mio. Tonnen Treibhausgas jährlich deponiert werden, was knapp der Hälfte der aktuellen Jahresgesamtemission an CO<sub>2</sub> in Deutschland entspräche. Ab 2050 soll die Deponiekapazität um 50% ausgeweitet werden, damit unser Kontinent klimaneutral wird. In Deutschland haben Bürgerinitiativen und Umweltverbände erreicht, dass die unterirdische Lagerung per Gesetz verboten ist. Wir wurden bereits von der EU überstimmt und somit muss das Wirtschaftsministerium das bestehende Gesetz ändern. 5 Bundesländer würden sich als Lagerstätte anbieten (z.B. ausgebeutete Erdgasfelder). Wenn wir uns an die Atommülltransporte erinnern, wird noch einiges auf deutschen Straßen an Krawall zu erwarten sein.

---

<sup>4</sup> CCUS = Carbon Capture Use and Storage

In der Wirtschaftswoche Nr. 6 wird ein Verfahren vorgestellt, um **Kohlenstoff klimafreundlich** zu gewinnen. An der KIT (Karlsruher Institut für Technologie) wurde ein Verfahren entwickelt: In einem Reaktor wird mit Hilfe flüssigen Zinns Kohlenstoff gewonnen, der zuvor als CO<sub>2</sub> aus der Luft geholt wurde. Wenn man Kohlenstoff aus CO<sub>2</sub> abtrennt, wäre das gut für das Klima. Im Labor hat man bereits bewiesen, dass das Verfahren funktioniert.

In der EU haben soeben 50 CEOs bei der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen neben dem „Green Deal“ einen Businessplan angemahnt. Man traf sich in Antwerpen, um ihr klarzumachen, dass ein „**Industrial Deal**“ nötig ist, um die Wettbewerbsfähigkeit in der EU zu stärken. Sie kritisierten, dass Europa die meistregulierte Region der Welt ist. Diese Regularien müssen wegfallen und es müssen dringend Anreize her. Nach dem grasgrünen Minister Timmermans haben sich die internationalen Manager als Verbündeten den belgischen Ministerpräsidenten Alexander de Croo ausgeguckt. Belgien hat zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft und hat die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und die Effizienz des EU-Binnenmarkts zu einem der wichtigsten Anliegen gemacht. Die Klimaziele in der EU bis 2040 (in Relation zum Niveau 1990): 90% Treibhausgasreduktion, bis 2030 55%. Bis 2050 will man klimaneutral sein. An diesem Treffen nahmen auch Führungspersönlichkeiten des Energiekonzerns ExxonMobil teil. Dieser Ölriese will 20 Mrd. US\$ in klimafreundliche Technologien stecken.

Der ursprüngliche Gedanke, **Vereinigte Staaten von Europa**, war bestimmt nicht falsch. Was sich heute darstellt, ist eine Behörde, in der keine einheitliche Sprache gesprochen wird, sondern wo man mit mehreren Zungen redet. Die EU macht Politik an den Ländern vorbei und stellt sich mit überheblichem Kompetenzgehabe dar. Eine Neuordnung wäre ein Fortschritt und eine Stärkung der Integration. Wir beschränken uns auf die vom 06.-09.06.2024 anstehende Europawahl. Das Parlament schließt Ende April und über 100 Gesetzesvorlagen, über die man teilweise lange beraten hat, werden bis dahin sicherlich nicht abgearbeitet. Erschwerend kommt hinzu, dass die deutsche Ampel-Koalition (wie oftmals) uneinig ist und 14 EU-Vorhaben blockiert. Das Schimpfwort „German Vote“ geht um, denn eine Enthaltung Deutschlands bedeutet nein. Die Richtlinie zur Plattformarbeit<sup>5</sup> fand keine Mehrheit und scheiterte. Beim Lieferkettengesetz hat die FDP blockiert, weil man erst nach der Europawahl darüber beraten will. Der Neustart der Verhandlungen mit einer neuen Kommission wird sich sicherlich über einen längeren Zeitraum hinziehen. Es ist was dran, wenn man aufgrund der deutschen Rückzieher an deren Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit zweifelt. Deutschlands Reputation ist angeknackst. Somit gilt die nationale Regelung des deutschen Lieferkettengesetzes, weil sich Hubertus Heil (SPD) nicht gegen die Liberalen durchsetzen konnte.

---

<sup>5</sup> Am 24.02.2021 hat die EU-Kommission den ersten Schritt zur Regulierung der Arbeitsbedingungen von Plattformarbeitern eingeleitet. Es ist eine Arbeitsform, bei der Organisationen oder Einzelpersonen über eine Online-Plattform mit anderen Organisationen oder Einzelpersonen in Kontakt treten, um gegen Bezahlung spezifische Probleme zu lösen oder um spezifische Dienstleistungen zu erbringen (z.B. Lieferkurier Deliveroo).

## Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

„Jokowi“<sup>6</sup> sorgte dafür, dass seit 2020 **Nickel** nicht mehr direkt ausgeführt werden durfte, sondern nur weiterverarbeitet im eigenen Land **Indonesien**. Das hatte eine Investitionsflut zur Folge, vorneweg China, die 13 Mrd. US\$ investierten, um Nickel-1 aus Nickelerz zu gewinnen. Die Investmentbank Macquarie<sup>7</sup> analysierte eine Nickel-Produktion in Indonesien 2023 von 1,9 Mio. Tonnen, das bedeutet ca. 55% Weltmarktanteil. Der neue Präsident Subianto Prabowo will den Kurs weiter fortsetzen. Nicht nur bei der indonesischen Bevölkerung stößt das auf Kredit, weil sie starke Einschränkungen hinnehmen muss und mit der Umwelt verantwortungslos umgegangen wird. Die chinesischen Minenbesitzer lassen ihre Wanderarbeiter nicht vom Firmengelände, weil sozialer Unfriede befürchtet wird. Auf der letzten Hannover Messe sprach Joko Widodo mit Olaf Scholz über ein Großprojekt von 2,4 Mrd. €. BASF will mit dem französischen Minenunternehmen Eramet ein Nickelwerk auf der Molukkeninsel Halmahera bauen. Ab 2026 will man jährlich 67.000 Tonnen Nickel und 7.000 Tonnen Kobalt produzieren. Die hierzu benötigte Energie stammt aus Kohlekraftwerken, die staatlich subventioniert werden. Weitere 5 Kohlekraftwerke sind in Planung. Das Verheizen der Kohle ist größer als der gesamte Verbrauch von Spanien oder Brasilien. Umweltverbände laufen Sturm – bisher nicht sehr erfolgreich. Nickel gehört zu den 5 besonders häufig vorkommenden Metallen in der Erdkruste. Meist aber nicht solo, sondern mit anderen Stoffen wie Arsen, Eisen, Kobalt, Kupfer oder Zink zusammen. Die Herausforderung ist das „Ausfiltern“ von Nickel. China stellt zurzeit ca. 77% der globalen Herstellungskapazitäten für E-Auto-Batterien und ist auf diesen Rohstoff angewiesen. Batteriehersteller arbeiten an der Entwicklung von Natrium-Ionen-Batterien, die mit weniger Nickel auskommen würden. Wenn überhaupt, ist mit dem Einsatz nicht vor 2026 und dann auch nur für kleine Fahrzeuge zu rechnen. An der global steigenden Nickelnachfrage wird sich nichts ändern. Die internationale Energiebehörde IEA<sup>8</sup> nennt global folgende Verbrauchszahlen: In 2018 ca. 65.000 Tonnen, in 2030 ca. 925.000 Tonnen. Vor gut 2 Jahren galt Nickel noch als „knappes Gut“. Der Ausbau der Kapazitäten hat in den letzten 12 Monaten zu einem Preisverfall von mehr als 40% geführt. Damit haben nicht nur Nickel-Anbieter in Indonesien, sondern auch in Australien zu kämpfen, die über Aufgabe der Förderung nachdenken. Es gibt keine Anzeichen, dass die Rohstoffpreise, die zur Herstellung von Edelstahl Rostfrei maßgebend sind, in den nächsten Wochen fallen könnten. Besonders Schrott ist gefragt (siehe Tabelle auf Seite 7).

Fazit: Wir glauben, dass steigende Legierungszuschläge die augenblicklich schwachen Grundpreise mit nach oben ziehen.

---

<sup>6</sup> Spitzname des ehemaligen Präsidenten Joko Widodo, der nach 10 Jahren Amtszeit nicht mehr antreten durfte.

<sup>7</sup> Die Macquarie Group Limited ist ein weltweit tätiges Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen mit Sitz in der australischen Stadt Sydney. Quelle: Wikipedia

<sup>8</sup> IEA = International Energy Agency, Paris



### Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	09/23	1.116	07/23	1.267	1.196	1.174	1.192									
4301	12/23	2.466	02/23	3.587	2.384	2.341	2.424									
4310	12/23	2.322	02/23	3.328	2.252	2.212	2.287									
4404	12/23	4.048	03/23	6.566	3.793	3.890	3.962									

### Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	12/23	410	05/23	440	425	445										
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	06/23	1.120	02/23	1.510	1.270	1.370										
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/23	2.080	02/23	2.680	2.220	2.322										

\*) Markenname Outokumpu Nirosta

**Das KGW-Team**